



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
13.11.2013
- 3 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Potsdam GmbH  
für das Jahr 2014  
Vorlage: 13/SVV/0766  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Entwicklungsträgerbeauftragung zur Entwicklungsmaßnahme Krampnitz  
Vorlage: 13/SVV/0767  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 5.1 Verkehrslösung 2020  
Vorlage: 12/SVV/0098  
Fraktionen SPD, CDU/ANW
  - 5.2 Neue Ziele für die Pro Potsdam GmbH  
Vorlage: 13/SVV/0484  
Fraktion Die Andere
  - 5.3 Kein Verkauf ohne Bedingungen  
Vorlage: 13/SVV/0495  
Fraktion SPD
  - 5.4 Strategischer Steuerungsprozess in der Landeshauptstadt Potsdam -  
Leitbildentwicklung  
Vorlage: 13/SVV/0660  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
  - 5.5 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales  
Vorlage: 13/SVV/0601  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 5.6 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales  
Vorlage: 13/SVV/0609  
Fraktion DIE LINKE
  - 5.7 Büroflächen für Schilderdienste  
Vorlage: 13/SVV/0608  
Fraktion DIE LINKE

- 5.8 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor  
Vorlage: 13/SVV/0613  
Fraktion Potsdamer Demokraten
- 5.9 Konzept Veranstaltungen Volkspark  
Vorlage: 13/SVV/0631  
Fraktion SPD
- 5.10 Versorgungslücken Breitband  
Vorlage: 13/SVV/0632  
Fraktionen SPD, FDP
- 5.11 Rückstellung Restitutionsgebäude  
Vorlage: 13/SVV/0687  
Fraktion Bündnis 90 Die Grünen
- 5.12 Satzung und Verwaltungsvereinbarung für die Stiftung Gedenkstätte  
Lindenstraße  
Vorlage: 13/SVV/0703  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.13 "Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet" Schiffbauergasse -  
Konzept für das Standortmanagement der ProPotsdam GmbH  
Vorlage: 13/SVV/0707  
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 5.14 Personelle Situation im Bereich Stadtplanung/Stadterneuerung/Verbindliche  
Bauleitplanung  
Vorlage: 13/SVV/0585  
Fraktion DIE LINKE
- 5.15 Kommunale Lichtplanung - Lichtmasterplan für die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 13/SVV/0600  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP  
zur Erledigung
- 5.16 Einrichtung einer Klimaagentur  
Vorlage: 13/SVV/0688  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Einwohnerfragestunde- Zuweisung der Beantwortung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Touristischer Marketingplan 2014  
Vorlage: 13/SVV/0771  
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

- 7.2 17. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 13/SVV/0618  
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 7.3 Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums "Potsdam 22"  
Vorlage: 13/SVV/0669  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 7.4 Ausstellung "700 Jahre Marquardt"  
Vorlage: 13/SVV/0709  
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
- 7.5 Ehemaliges Restaurant Charlottenhof  
Vorlage: 13/SVV/0714  
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport
- 7.6 Informationen zum 3-D-Straßenscreening
- 8 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.11.2013**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

- die Tagesordnungspunkte 3 „Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Potsdam GmbH für das Jahr 2014“ und 4 „Entwicklungsträgerbeauftragung zur Entwicklungsmaßnahme Krampnitz“ sollen zusammen aufgerufen und Tagesordnungspunkt 4 als erster abgestimmt werden, da die Entwicklungsträgerbeauftragung eine Kreditaufnahme voraussetze,
- des Weiteren werden aufgrund fehlender Voten der Fachausschüsse folgende Tagesordnungspunkte zurückgestellt:
  - **Tagesordnungspunkt 5.1** – DS 12/SVV/0098 - „Verkehrslösung 2020“
  - **Tagesordnungspunkt 5.5** – DS 13/SVV/0601 und

- Tagesordnungspunkt 5.6** – DS 13/SVV/0609 - „Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales“
- **Tagesordnungspunkt 5.8** – DS 13/SVV/0613 - „Werbeveranstaltung auf dem Platz am Brandenburger Tor“
- **Tagesordnungspunkt 5.9** – DS 13/SVV/0631 - „Konzept Veranstaltungen Volkspark“
- **Tagesordnungspunkt 5.16** – DS 13/SVV/0688 - „Einrichtung einer Klimaagentur“ und
- auf Wunsch der antragstellenden Fraktion der **Tagesordnungspunkt 5.3** – DS 13/SVV/0495 - „Kein Verkauf ohne Bedingungen“.

Zudem schlägt der Oberbürgermeister vor, die Tagesordnung um folgende Mitteilungen zu ergänzen:

- 3-D-Straßenscreening
- Sondierungsgespräche mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten.

Unter dem TOP „Sonstiges“ wird auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE eine Information gegeben zum:

- Stand der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung 13/SVV/0461 „Standort Weiße Flotte“

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 98. Sitzung vom 13.11.2013 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

#### **zu 4      Entwicklungsträgerbeauftragung zur Entwicklungsmaßnahme Krampnitz Vorlage: 13/SVV/0767**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Klipp bringt die Vorlage ein. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Wegewitz sagt Herr Weise eine Anpassung nach TVöD im § 12 Abs. 5 zu. Im Weiteren werden die Nachfragen von Herrn Schultheiß zur Stellvertretung und von Herrn Dr. Scharfenberg zum § 3 – Beratungsgremien sowie den in den Aufsichtsrat zu berufenen Personen beantwortet.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Entwicklungsträgerbeauftragung zur Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz gemäß Anlage.
2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVergf ermächtigt, die beigefügte Entwicklungsträgerbeauftragung für die Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz abzuschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>15</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3      **Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Potsdam GmbH für das Jahr 2014****  
**Vorlage: 13/SVV/0766**  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Vorlage wird von Herrn Klipp eingebracht.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Potsdam GmbH zur bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme für die Entwicklungsmaßnahme „Kramnitz“ beträgt für das Jahr 2014 höchstens 8.802.825,00 €. Die Kreditaufnahme hat bedarfsbezogen zu erfolgen. Die Vertragsgestaltung sollte möglichst Sondertilgungen zulassen und maximal eine Laufzeit bis zum 31.12.2023 festschreiben. Können Sondertilgungen nicht vereinbart werden, so ist über die Wahl der Zinsbindungsfristen die Möglichkeit zu Sondertilgungen offen zu halten
2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVerf ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Potsdam GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2014 schriftlich zuzustimmen.
3. Die Ermächtigung des Oberbürgermeisters und die einer seiner Stellvertreter wird unter den Vorbehalt des Vorliegens der Genehmigung, zur Kreditaufnahme für das Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Kramnitz, des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zur Übernahme der Restverbindlichkeiten am Ende der Entwicklungsmaßnahme gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>13</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>3</b>

**zu 5      **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung****

**zu 5.1    **Verkehrslösung 2020****  
**Vorlage: 12/SVV/0098**  
Fraktionen SPD, CDU/ANW

**zurückgestellt** und evtl. durch die Antragsteller **zurückgezogen**

**zu 5.2    **Neue Ziele für die Pro Potsdam GmbH****  
**Vorlage: 13/SVV/0484**  
Fraktion Die Andere

Herr Wendt verzichtet auf eine Einbringung, da der Antrag im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen bei nur einer Ja-Stimme abgelehnt wurde. Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass dieser Ablehnung eine langanhaltende und fachliche Diskussion vorausgegangen sei.

Anschließend wird der Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der Pro Potsdam GmbH werden beauftragt, folgende Unternehmensziele für die Tätigkeit der Pro Potsdam in den kommenden zwei Jahren festzulegen:

- Erreichung eines Mindestanteils von 10 % preiswerter Wohnungen bei Neubau (Die Miete darf max. den Höchstsatz erreichen, der als Kosten der Unterkunft erstattet wird, also derzeit 5,50 €/qm Kaltmiete.)
- Erhalt eines Mindestanteils von 70 % preiswerter Wohnungen (s.o.) bei Sanierung von Altbaubeständen
- Senkung der Leerstandsquote im Karree Behlertstraße/Gutenbergstraße, in der Heidesiedlung und in der Siedlung Am Brauhausberg/Einsteinstraße auf jeweils max. 5 % des Wohnungsbestandes.

Die Stadtverordnetenversammlung ist über die Umsetzung des Beschlusses im Dezember 2013 zu unterrichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	10
Stimmenthaltung:	5

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Beschlussvorlage **abzulehnen**.

**zu 5.3 Kein Verkauf ohne Bedingungen**

**Vorlage: 13/SVV/0495**

Fraktion SPD

**zurückgestellt**

**zu 5.4 Strategischer Steuerungsprozess in der Landeshauptstadt Potsdam - Leitbildentwicklung**

**Vorlage: 13/SVV/0660**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Anschließend erläutert Herr Jetschmanegg per Power-Point-Präsentation die damit verbundenen Herausforderungen, mögliche Antworten, die Prioritätensetzung, die strategische Steuerung und die zeitliche Planung des Projektes.

Herr Dr. Scharfenberg merkt anschließend an, dass der Prozess beschleunigt und nicht erst mit der Haushaltsaufstellung 2017/18 der strategische Steuerungsprozess umgesetzt werden sollte. Deshalb schlägt er vor, sich noch in dieser Wahlperiode mit der Projektplanung zu befassen.

Der Oberbürgermeister gibt zu bedenken, dass der begonnene Prozess nicht

durch die Wahl im Mai 2014 unterbrochen werden solle. Er könne sich aber Mai 2014 als realistische Zielstellung für die Einbringung einer Vorlage vorstellen, die anschließend zur weiteren Diskussion in den Hauptausschuss überwiesen werden sollte, da dieser ja weiterhin agiere.

Frau Dr. Schröter merkt an, dass großer Wert auf Partizipation und Bürgerbeteiligung gelegt werde und fragt nach, wie man sich das vorstellen könne. Herr Jetschmanegg entgegnet, dass natürlich auf die dazu vorliegenden Erfahrungen zurückgegriffen und die weitere Vorgehensweise in der für Mai 2014 avisierten Vorlage dargestellt werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. In der Landeshauptstadt Potsdam wird ab 2014 ein Strategischer Steuerungsprozess eingeführt.
2. Dazu wird ein Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt, aus dem sich eine Zielstruktur mit gesamtstädtischen und daraus wiederum abgeleiteten geschäftsbereichsbezogenen Zielen entwickeln lässt, die erstmals vollständig im Haushaltsplan 2017/2018 abgebildet wird.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Implementierung des Strategischen Steuerungsprozesses vorzubereiten. Der Stadtverordnetenversammlung wird im September 2014 der Projektplan zur Entwicklung des Leitbildes zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Projektplan wird den Zeitplan, die Meilensteine sowie die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen und organisatorischen Rahmenbedingungen enthalten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>12</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>4</b>

**zu 5.5 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales**

**Vorlage: 13/SVV/0601**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt**

**zu 5.6 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales**

**Vorlage: 13/SVV/0609**

Fraktion DIE LINKE

**zurückgestellt**

**zu 5.7 Büroflächen für Schilderdienste**

**Vorlage: 13/SVV/0608**

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein. Ziel sei es, einen Weg zu suchen um die jetzige Dienstleistung auch weiterhin für die Bürger vorzuhalten und auf



dem Gelände der Stadtverwaltung dafür Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Herr Exner macht darauf aufmerksam, dass der Verwaltung mit dem Abriss des Bürocontainers für die eigenen Zwecke schon zu wenige Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und weitere angemietet werden müssen. Den Gewerbemietern sei immer bekannt gewesen, dass, wenn Eigenbedarf besteht, dieser einer Vermietung vorgeht. Außerdem sei zu überlegen, ob selbst geschaffene und mit Krediten finanzierte Räume Fremdmietern angeboten werden sollen und müsse unter Wettbewerbsrecht auch „ordentlich“ ausgeschrieben werden.

Herr Kirsch schlägt vor, Flächen zu vermieten, auf denen die „Schilderdienste“ Container aufstellen können. Dafür seien z. B. drei Pkw-Stellplätze vor der Kfz-Zulassung geeignet; Herr Berndt äußert Bedenken gegen den vorliegenden Antrag, da es auch unter dem Aspekt der Gleichbehandlung nicht die Aufgabe der Stadt sei, hierfür Sorge zu tragen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es Ziel sei, das Angebot unter Beachtung aller wettbewerblichen Vorschriften zu erhalten.

Herr Heuer verweist darauf, dass in der Helene-Lange-Straße zwei Schilderdienste vorhanden seien. Ebenso spricht sich Herr Richter gegen die Vorschläge aus, da auch die Pächter der Flächen ein eigenes wirtschaftliches Risiko tragen. Herr Dr. Wegewitz merkt an, dass, wenn es ein Interesse der Schilderdienste gebe, diese sich mit einem Konzept an die Stadt wenden können.

Der Antrag mit folgendem Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Kommunalen Immobilienservice eine Unterbringungsmöglichkeit für die drei kleinen Geschäftsräume der auf dem Gelände der Stadtverwaltung in der Nähe der Zulassungsstelle tätigen Schilderdienste für die Zeit ab Januar 2014 zu ermöglichen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 04. Dezember 2013 über das Ergebnis zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	10
Stimmhaltung:	1

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**zu 5.8 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor**

**Vorlage: 13/SVV/0613**

Fraktion Potsdamer Demokraten

**zurückgestellt**

**zu 5.9 Konzept Veranstaltungen Volkspark**

**Vorlage: 13/SVV/0631**

Fraktion SPD

**zurückgestellt**

**zu 5.10 Versorgungslücken Breitband**  
**Vorlage: 13/SVV/0632**  
Fraktionen SPD, FDP

Herr Frerichs nimmt zu dem vorliegenden Antrag Stellung und verweist in seinem Redebeitrag auf den damit verbundenen hohen finanziellen Aufwand. Außerdem gebe es bereits eine Verständigung zwischen Anbietern und Nutzern und eine Förderung setze förderfähige und damit unterversorgte Betriebe voraus. Er meine, dass mit den vorgeschlagenen Maßnahmen das Ziel nicht zu erreichen sei und der städtische Haushalt stark belastet werde.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt Herr Heuer die Umwandlung des Antrags in einen Prüfauftrag vor und erklärt sich auch mit der vorgeschlagenen Terminänderung einverstanden.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Wege zum Schließen von Versorgungslücken mit Breitbandanschlüssen im Stadtgebiet Potsdam **zu prüfen und** aufzuzeigen. ~~Dazu soll eine Erfassung der betroffenen Gebiete forciert werden und es müssen geeignete Strukturen dafür vorgehalten werden (öffentlicher Aufruf, Benennung einer Stelle/ eines Mitarbeiters, z.B. Einbeziehung des Büros für Bürgerbeteiligung).~~

Für die klassifizierten Gebiete sollen

- durch die LHP Gespräche mit Telekommunikationsanbietern geführt werden,
- das Lückenschlussprogramm für unterversorgte Gebiete, koordiniert vom Wirtschaftsministerium, finanziert aus EFRE-Restmitteln, umgesetzt in Zusammenarbeit mit den Planungsgemeinschaften, geprüft werden.
- Fördermöglichkeiten für die neue EU-Förder-Periode ab 2014 geprüft werden.

Ergebnisse über Erfassung und Prüfung der Möglichkeiten sollen im ~~Januar~~ **März** 2014 der SVV berichtet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>15</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 5.11 Rückstellung Restitutionsgebäude**  
**Vorlage: 13/SVV/0687**  
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass dieses Anliegen nicht im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln sei und empfiehlt eine Diskussion in den dafür zuständigen Gremien – hier des Aufsichtsrates der ProPotsdam.

Wenn das so zu verstehen sei, so Herr Schüler, dass der Hauptausschuss eine Befassung mit dem Thema im Aufsichtsrat der ProPotsdam anrege und der nach Möglichkeiten der Umsetzung suche, entspreche das dem Anliegen.

Der Antrag wird mit dieser Empfehlung zur Abstimmung gestellt (die Textfassung

wurde im Nachgang der Sitzung formuliert):

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die städtischen Aufsichtsratsmitglieder der ProPotsdam GmbH werden gebeten, sich im Aufsichtsrat der ProPotsdam GmbH damit zu befassen, ob die Auflösung von Rückstellungen, die die ehemals restitutionsbehafteten Objekte (Heidesiedlung, Albert-Einstein-Str. 10-24, Am Brauhausberg 25-31, Gutenberg-/Behlert-Karree) betreffen, zur Sanierung dieser Objekte verwendet und dadurch ggf. Modernisierungszuschläge begrenzt werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>14</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 5.12 Satzung und Verwaltungsvereinbarung für die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße**

**Vorlage: 13/SVV/0703**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg bringt die Vorlage ein und betont, dass der Oberbürgermeister mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.01.2013 beauftragt wurde, eine Stiftung „Gedenkstätte Lindenstraße“ zu gründen.

Herr Wendt erläutert den Anwesenden anschließend die drei Änderungsanträge der Fraktion Die Andere. Hierzu führt er aus, dass der Name der Gedenkstätte geändert werden sollte, da dieser keine Auskunft über die unterschiedlichen Inhalte gebe. Des Weiteren schlägt die Fraktion vor, verschiedene Gedenkorte für unterschiedliche Opfergruppen einzurichten und ebenfalls getrennte Beiräte zu bilden, um die Diskussionen zu versachlichen. Diese Änderungsanträge seien auch im Ausschuss für Kultur beraten und abgestimmt worden.

Frau Dr. Schröter bestätigt dies und merkt an, dass zum Änderungsantrag „Name der Gedenkstätte“ ein Alternativvorschlag fehle und die Fraktion DIE LINKE auch mit den beiden anderen Änderungsanträgen zu den Beiräten und zum „Gedenkort für Opfer des Naziregimes in der Potsdamer Lindenstraße“ Sympathien hege. Auch wenn dies nicht in die Satzung aufgenommen werden könne, so sei eine Zustimmung und Aufnahme als Beschlussbestandteil möglich. Im Ausschuss für Kultur habe sich keine Mehrheit dafür gefunden.

Herr Jetschmanegg führt eingehend auf die Ausführungen von Herrn Wendt aus, dass „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ nicht der Name der Gedenkstätte, sondern die Formulierung des Stiftungszweckes sei. Zudem sei die Einrichtung verschiedener Beiräte diskutiert und die Entscheidung zugunsten der Einrichtung eines Beirates getroffen worden. Zu den Gedenkorten merkt er an, dass weder in der Satzung noch in der Vereinbarung Gedenkorte festgelegt seien.

Herr Schüler betont, dass mit der Vorlage über die Satzung entschieden werde und nicht über den Namen der Gedenkstätte, denn nur darauf beziehe sich der Änderungsantrag. Er halte auch die Einsetzung von zwei konkurrierenden Beiräten für nicht sinnvoll. Dem schließt sich Herr Heuer in seinen Ausführungen

an und empfiehlt, die mit den Änderungsanträgen benannten Probleme an die Stiftung heranzutragen. Im Weiteren merkt er an, dass die Begründung zum Änderungsantrag „Gedenkort für Opfer des Naziregimes in der Potsdamer Lindenstraße“ eine „schwierige Argumentation“ enthalte, die überlegenswert sei. Anschließend werden die **Änderungsanträge zur Abstimmung gestellt:**

**Änderungsantrag zur DS 13/SVV/0703**

Einreicher: Fraktion die Andere

Betreff: Name der Gedenkstätte Lindenstraße

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           **1**  
Ablehnung:               **10**  
Enthaltung:             **5**

**Änderungsantrag zur DS 13/SVV/0703**

Einreicher: Fraktion Die Andere

Betreff: Getrennte Beiräte Gedenkstätte Lindenstraße

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           **4**  
Ablehnung:               **11**  
Enthaltung:             **1**

**Änderungsantrag zur DS 13/SVV/0703**

Einreicher : Fraktion Die Andere

Betreff: Gedenkort für Opfer des Naziregimes in der Potsdamer Lindenstraße

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           **5**  
Ablehnung:               **10**  
Enthaltung:             **1**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung und Verwaltungsvereinbarung für die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           **14**  
Ablehnung:               **0**  
Stimmenthaltung:       **2**

**zu 5.13 "Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet" Schiffbauergasse - Konzept für das Standortmanagement der ProPotsdam GmbH**

**Vorlage: 13/SVV/0707**

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Frau Dr. Schröter verweist eingangs darauf, dass Herr Westphal diese Beschlussvorlage im Ausschuss für Kultur überzeugend dargestellt habe und sich einige Mitglieder bereits im Vorfeld mit den Ergebnissen des Workshops vertraut gemacht haben. Wenn die dargestellten Vorstellungen realisiert werden, könne sich ganz Potsdam freuen. Herr Berndt betont, dass er sich über diesen

ambitionierten Vorschlag freue, aber Bedenken bezüglich des Namens „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ habe. Selbst bei einer Steigerung der Besucherzahlen liege die „Latte sehr hoch“ und seien Enttäuschungen zu befürchten. Gleichzeitig merkt er kritisch an, dass die avisierten Vertragslaufzeiten eine kontinuierliche Arbeit erschweren und empfiehlt eine sorgfältige Abgrenzung der Kompetenzen. Auf diese Ausführungen Bezug nehmend entgegnet Frau Dr. Schröter, dass der Name nur ein Arbeitstitel sei und die Schiffbauergasse die Schiffbauergasse bleibe.

Anschließend wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das Zielbild für die Schiffbauergasse orientiert sich an der im Szenario-Workshop entwickelten Vision „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ (s. Anlage 1). Sie beschreibt einen langfristig anzustrebenden Zustand und bildet die Grundlage für die strategische Ausrichtung des Standortmanagements.
2. Dem von der ProPotsdam GmbH entwickelten Konzept für das Standortmanagement Schiffbauergasse (s. Anlage 1) wird als Grundlage für eine Inhouse-Vergabe von Leistungen des Infrastruktur- und Facilitymanagements des Integrierten Kulturstandorts Schiffbauergasse „Zentrum für Kunst und Soziokultur“ (ZKS) an die ProPotsdam GmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt, voraussichtlich mit Wirkung zum 01.01.2014, zugestimmt.
3. Das Kulturmanagement als eine Säule des Konzeptes für das „Standortmanagement Schiffbauergasse“ wird von der Landeshauptstadt Potsdam öffentlich ausgeschrieben. Die Ausschreibung wird dem Hauptausschuss zur Zustimmung vorgelegt.
4. Der Vertrag für eine Inhouse-Vergabe an die ProPotsdam GmbH wird dem Hauptausschuss gem. § 15 Abs. 3 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Beschlussfassung vorgelegt.
5. Der Verwaltervertrag für Liegenschaften im „Zentrum für Kunst und Soziokultur“ (ZKS) vom 15.01.2008 zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem KIS soll nach Maßgabe des Zeitpunktes der Inhouse-Vergabe an die ProPotsdam GmbH aufgehoben werden.
6. Ein strategischer Beirat zur Verfolgung und Umsetzung des Zielbildes „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ wird berufen (s. Anlage 1, S. 8,9).
7. Ein System der Erfolgskontrolle wird entwickelt und etabliert.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 5.14 Personelle Situation im Bereich  
Stadtplanung/Stadterneuerung/Verbindliche Bauleitplanung  
Vorlage: 13/SVV/0585  
Fraktion DIE LINKE**

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion betont Herr Klipp, dass er sich gegen den mit der Begründung des Antrags entstehenden Eindruck wehre, das Wohnungsbauprogramm sei von der personellen Verstärkung des Bereiches Stadtplanung abhängig.

Daran anschließend verweist der Oberbürgermeister darauf, dass der Stellenplan Bestandteil der Haushaltsplanung ist, den die Stadtverordneten im Mai 2013 für zwei Jahre beschlossen haben. Der vorliegende Antrag sei populistisch und natürlich prüfe die Verwaltung unterschiedliche Möglichkeiten. Das könne auch im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen erfolgen, um möglicherweise Schwachpunkte aufzudecken und auf dieser Grundlage intensiv zu diskutieren. Der Antrag könne in der vorliegenden Fassung jedenfalls nicht beschlossen werden.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass auch die Haushaltssatzung ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist, der jederzeit geändert werden könne. Wenn es keine Engpässe in der Stadtverwaltung gäbe und die Verwaltung die notwendige Flexibilität habe, dann sei das in Ordnung.

Herr Kirsch merkt an, dass die hohe Leistungsfähigkeit des Bereiches Stadtplanung lobenswert sei und fragt die Verwaltung, welche Mittel und Wege die richtigen seien, um die Zielstellungen zu erreichen.

Herr Klipp betont, dass die personellen Kapazitäten nicht ausreichen, um alles parallel bearbeiten zu können, aber für alle Maßnahmen in Priorität 1 reichen sie aus. Diese Prioritätenliste werde darüber hinaus jährlich angepasst.

Herr Dr. Scharfenberg stellt abschließend fest, dass es nicht nur um den Wohnungsbau, sondern auch andere Vorhaben im Planungsrecht gehe. Seine Fraktion werde sich Gedanken machen, um den Antrag zu modifizieren und am 04.12.2013 der SVV vorzulegen. Insofern erübrigt sich eine Abstimmung.

**zu 5.15 Kommunale Lichtplanung - Lichtmasterplan für die Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 13/SVV/0600**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP  
zur Erledigung

Herr Schüler bringt den Antrag ein.

Anschließend führt Herr Klipp aus, dass diese Idee interessant und wünschenswert sei. Gleichzeitig stelle sich aber die Frage, ob dafür finanzielle und personelle Ressourcen zu verwenden seien, da die Kapazitäten auf andere Maßnahmen ausgerichtet sind. Damit bliebe nur eine Fremdbeauftragung eines externen Büros, was wiederum abgewogen werden müsse. Das im Antrag benannte Förderprogramm laufe im Übrigen zum Ende des Jahres aus.

Auf die Anmerkung von Herr Schüler, dass die Stadt einen Eigenbetrieb Stadtbeleuchtung habe, schlägt der Oberbürgermeister vor, das Anliegen dort prüfen zu lassen und den Antrag bis zur Vorlage von Ergebnissen **zurückzustellen**.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 5.16 Einrichtung einer Klimaagentur**

**Vorlage: 13/SVV/0688**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt**

## **zu 6 Einwohnerfragestunde- Zuweisung der Beantwortung**

Der Oberbürgermeister informiert, dass alle vorliegenden Einwohnerfragen durch die Verwaltung beantwortet werden.

Herr Schüler trägt anschließend das Anliegen von Herrn Dauber vor, trotz der Fristverstreichung seine Fragen zum Badneubau noch zuzulassen. Die Mehrzahl der Mitglieder des Hauptausschusses sprechen sich dagegen aus, da hiermit ein Präzedenzfall gegen die selbstbindenden Regelungen in der Geschäftsordnung geschaffen werden würde. Der Oberbürgermeister stellt die Abweichung von der Geschäftsordnung zur Abstimmung; der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt, bei einer Ja-Stimme und 2 Stimmenthaltungen.

## **zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 7.1 Touristischer Marketingplan 2014**

**Vorlage: 13/SVV/0771**

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Hütte (TMB). Er beantwortet die Fragen von Frau Müller zu den auf Seite 15 dargestellten Besucherzahlen und den Gründen für deren Rückläufigkeit bei einigen der Sehenswürdigkeiten, wie zum Beispiel Extavium, Schlossküche und Weinkeller sowie den Beteiligungsmöglichkeiten der Leistungsträger.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 7.2 17. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 13/SVV/0618**

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass die Stadt stolz auf ihre Beteiligungen sein könne und sich der gewählte Weg als richtig erwiesen habe. Auffällig sei jedoch die rückläufige Entwicklung hinsichtlich der Biosphäre. Darauf Bezug nehmend verweist der Oberbürgermeister auf konkurrierende Angebote und darauf, dass durch die Auflage eines attraktiven Programms die Zahlen wieder gesteigert werden sollen.

Unter Verweis auf die positiven Ergebnisse plädiert Herr Schultheiß dafür, die Möglichkeit zu betrachten, von diesen Gewinnen mehr für die Ziele der Stadt abzuschöpfen. Dies, so der Oberbürgermeister, werde betrachtet, aber dafür und für die Quersubventionierungen gebe es Grenzen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 7.3 Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums "Potsdam 22"**

**Vorlage: 13/SVV/0669**

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass sich die flächendeckende Mietenbremse in den jetzt laufenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene

nicht durchzusetzen scheine. Deshalb sollten Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese Mietenbremse in Ballungsgebieten greife. Auf seine Frage nach dem Stand der Vorbereitungen beim Land, respektive im Bauministerium entgegnet der Oberbürgermeister, dass das Land aufgefordert sei, sich über die Umsetzung Gedanken zu machen. Das habe er gegenüber dem zuständigen Ministerium auch deutlich gemacht. Positiv sei, dass das bei der ProPotsdam, als größten Vermieter der Stadt, schon durchgesetzt sei.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um zeitnahe Information dazu, um die Umsetzung auch weiterhin anmahnen zu können.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 7.4      **Ausstellung "700 Jahre Marquardt"****

**Vorlage: 13/SVV/0709**

Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

Hierzu fragt Frau Dr. Schröter nach, ob eine Abstimmung mit dem Ortsbeirat stattgefunden habe. Davon gehe er aus, so Herr Jetschmanegg, dass sich Frau Dr. Sommer mit dem Ortsbeirat in Gesprächen befindet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 7.5      **Ehemaliges Restaurant Charlottenhof****

**Vorlage: 13/SVV/0714**

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport

Auf die Anmerkung von Frau Dr. Schröter bezüglich der finanziellen Unterstützung des Vorhabens entgegnet der Oberbürgermeister, dass im beschlossenen Haushalt dafür kein Geld eingestellt sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 7.6      **Informationen zum 3-D-Straßenscreening****

Herr Klipp informiert, dass die Gespräche mit der Landesdatenschutzbeauftragten stattgefunden haben und das Vorhaben abgestimmt wurde, so dass 3-D-Straßenscreening nichts mehr im Wege stehe. Die Maßnahme werde nunmehr 2014 durchgeführt; vorab werde es rechtzeitig Informationen geben.

Die Frage von Frau Müller, ob es Forderungen der Landesdatenschutzbeauftragten gegeben habe, verneint er – die Stadt habe eine enge Zusammenarbeit und die Berücksichtigung der Hinweise aus ihrer Stellungnahme zugesagt.

#### **zu 8        **Sonstiges****

**Information zu Sondierungsgesprächen mit der SPSG**

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Gespräche in einer konstruktiven Atmosphäre stattgefunden haben und beide Seiten den Vertrag - insbesondere den § 6 Kündigungsgründe - durchgegangen seien. Die Stiftung sehe im Ergebnis keine Gründe, von der Vertragserfüllung abzusehen, sodass für die



nächsten fünf Jahre eine Millionen Euro pro Jahr zu zahlen seien. Der Stiftungsrat wolle ihn in der nächsten Sitzung dazu anhören; er gehe aber davon aus, dass dieser gleicher Meinung sein werde. Da es von keiner Seite Signale gebe, Wege zur Finanzierung zu gehen oder sich für einen Parkeinritt auszusprechen, werde die Haushaltssperre ab 01.01.2014 vorbereitet. Darüber hinaus habe es den Kontakt mit den Tourismusakteuren bezüglich einer freiwilligen Tourismusabgabe gegeben und sei das Anliegen in der gestrigen Sitzung des Tourismusbeirates besprochen worden. Dort habe man schon Möglichkeiten gesehen (aber nicht als Gegenfinanzierung für die Stiftung) und auch Interesse geäußert, mit den Fraktionsvorsitzenden ins Gespräch zu kommen. Diese werden aber erst Anfang 2014 stattfinden können.

Auf die Nachfrage von Herr Dr. Scharfenberg wie und wann sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Haushaltssperre befassen werde, antwortet Herr Exner.

Alle 160 Produkte werden derzeit mit der Zielstellung geprüft, die Haushaltssperre nach Information im nächsten Hauptausschuss, ab dem 01.01.2014 wirksam werden zu lassen.

Herr Heinzl gibt der Hoffnung Ausdruck, dass der Oberbürgermeister mit Verhandlungsgeschick die Vertragserfüllung mildern könne. Herr Schultheiß merkt an, dass die Haushaltssperre keine optimale Lösung darstelle und diese möglicherweise durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wieder aufgehoben werden könne.

Dies, so der Oberbürgermeister ist natürlich möglich, aber dann sollten auch Alternativen aufgezeigt werden. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass einerseits den notwendigen Beschlüssen zur Finanzierung des freien Parkeintritts die Zustimmung versagt und dann andererseits gemeint werde, dies sei aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren und ein „Klacks“.

### **Information der Verwaltung zum Stand der Umsetzung des Beschlusses der SVV 13/SVV/0461, Standort Weiße Flotte – Wunsch Fraktion DIE LINKE**

Herr Klipp führt dazu aus, dass in den nächsten Tagen die Verhandlungen aufgenommen werden. Er stellt klar, dass die Ansicht, 2010 habe ein unterschriftsreifer und ausgehandelter Vertrag vorgelegen, nicht stimme. Man stehe hier vor langen und schwierigen Verhandlungen und müsse auch das Verkehrswertgutachten erneuern lassen. Wenn dies alles fertig sei, werde der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt.

Herr Dr. Scharfenberg fordert eine zügige Verhandlungsführung, um die Terminsetzung im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung März 2014 einhalten zu können. Das von Frau Müller erbetene Datum des letzten Verkehrswertgutachtens soll der Niederschrift beigefügt werden.